

Wosifische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ulstein. Fernsprech-Zentrale Ulstein: Dönhof (A 7) 3600-3665, 3666. Postverkehr: Dönhof 3666-3698. Telegramm-nr. Ulsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 660. Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld.

Berlin

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsleit) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zelle 32 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zelle 20 Pfennig. Keine Verkäufe für Abnahme eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. ^[Anwerbe] 15 Pf. • Nr 298

MITWOCHE, 22. JUNI 1932

ABEND-AUSGABE

Abriistungsbotschaft Hoovers

Sechs Tote am Tag

Ueberraschende Einberufung des Genfer Hauptausschusses

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LAUSANNE, 22. JUNI

Die amerikanische Initiative, die gestern von Genf auch auf Kaufmanns übergriffen hat, führte heute zu einer plötzlichen Einberufung des Hauptauschusses der Abrüstungskonferenz, obwohl noch gestern der Präsident Genferen auf die Anfrage der sogenannten Dala-Regierung den 1. Juli als frühesten Termin für den Zusammentritt bezeichnet hat. Auf Antrag des amerikanischen Botschafters Gibson wurde auf die Tagesordnung des Hauptauschusses die Abgabe einer Erklärung der amerikanischen Regierung gesetzt, die in der Form einer neuen Hoover-Botschaft erfolgen soll.

Die neue Schritt Hoovers war vorbereitet durch die telefonischen Unterredungen, die in den letzten Tagen zwischen dem Weissen Haus und den amerikanischen Delegierten stattgefunden haben. Trodsdem kommt das persönliche Vorgehen des amerikanischen Präsidenten völlig überraschend und macht hier den rätselhaften Eindruck. Etwas voreilig wird bereits von einem amerikanischen Ultimatum in der Abrüstungsfrage gesprochen, das sich in erster Linie gegen Frankreich richten muß, da die englischen Vorkonferenzen nur geringe und in der Flottenfrage sich England und Amerika auf der Londoner Konferenz geteilt haben. Gemäß wird nicht verkannt, daß bei dieser neuen Aktion Hoovers innenpolitische Rücksichten eine erhebliche Rolle spielen, da ein Beschleunigen der Abrüstungs-

konferenz außerordentlich ungünstige Rückwirkungen auf die Beurteilung der Hooverischen Außenpolitik in Amerika und damit auch auf seine Wahlchancen haben müßte.

Da aber diese Erklärung sich allein auf die Abrüstungen beschränkt und keinerlei konkrete Zusagen in der Schuldenfrage enthält, wird, was über die moralische Wirkung auf die Weltöffentlichkeit als ein positiver Bruch, der die französischen Forderungen beeinflussen müßte, in Rechnung gestellt werden. Gerade nachdem die Kandidaten der Demokratischen Partei, Roosevelt und Garner, sich gegen eine Schuldenrevision ausgesprochen haben, wird man im Weissen Haus ängstlich vermeiden, in dieser Frage eine Festlegung vorzunehmen, um nicht der demokratischen Opposition ein innerlich wirksames Stimmwort zu liefern. Aus diesem Grunde darf der praktische Effekt der zu erwartenden Hoover-Botschaft, die in manchen Kreisen voreilig mit der Roosevelt-Botschaft verglichen wird, nicht übersehen werden.

Durch das In-De-Bevorzugung-treten der Abrüstungsfrage verlegt sich für die nächsten Tage der politische Schwerpunkt von Lausanne nach Genf, und wieder zeigt es sich, daß die auf amerikanischen Wunsch zurückzuführende örtliche Trennung der am 19. nicht trennbaren Konferenzen wenig glücklich ist. Der englische Außenminister Simon hat sich schon heute vorzeitig nach Genf begeben, und Reichsaussenminister Freiherr von Neurath wird ihm heute nachmittags folgen.

Ein englisches Blatt beziffert die tägliche Verluste des scheidenden Bürgerkrieges in Deutschland auf 4 bis 6 Tote. Jedes Zeitungsexemplar kündigt von den Opfern dieses Schicksals. Und noch ist kein Ende abgesehen. Man muß befürchten, daß die Verluste immer rascher anwachsen. Das ist ein unerträgliches Zustand, und es sollte keine Parteilichkeit hier die Betroffenen hindern dürfen, für Ordnung zu sorgen.

Seute sind die Innenminister der deutschen Freistaaten beim Reichsinnenminister veranlaßt. Es gibt kein dringenderes Thema für ihre Verhandlungen als dieses, wie man es mit dem scheidenden Bürgerkrieg rasch und wirksam am Ende? Statt dessen streiten sie sich darüber, ob erwidrende Menschen ein Grundrecht haben, sich zu organisieren, das sie bei ihrer Gewohnheit, in geschlossenen Formationen aufzutreten, durch einheitliche Taktik als zulässigem Gegenstand gekennzeichnet werden. Ein Grundrecht, das zugleich die Grundpolitik bedeutet, den anders uniformierten Männern als Zielsetzung beim Schiffsgefecht zu bieten. Uniformen zu verbieten, schließt noch keine Ruhe, aber einmal erlassene Uniformverbote aufzuheben, erst recht nicht. Dieser ganze Streit um eine Kleiderfrage ist tennungslos für die heimliche Erbitterung, mit der unter politischen Ecken vorgehoben ist. Und auch dieser Kleiderstreit bräut bei uns sogar ein Konflikt zwischen Reich und Ländern zu erwasen.

Wir erleben heute nicht das erstmalige eines solchen Meinungsstreit zwischen Reich und Ländern. Man braucht noch gar nicht an die berühmte Rath-Epöde von 1923 zu denken; auch im Jahre 1922 hat es Meinungsverschiedenheiten zwischen Reich und Bayern. Damals wurde das Geis zum Schuß der Republik erlassen, nach der Ermordung Walter Rathenau, und man plante in Berlin eine Reichsministerkonferenz. Der Widerstand ging damals nur von Bayern aus, wo man die Reichsregierung als eine Parteiregierung ansah. Ein leitender bayerischer Beamter in München leitete damals sogar eine Unterwerfung unter einen Beschluß der föderalistischen Körper des Reiches, des Reichsrates, mit der Begründung ab, die Mehrheit dort sei ja sozialdemokratisch. Den Streit beilegte hat dann das Reichsoberhaupt, Reichspräsident Ebert, der zwar Sozialdemokrat war, aber zugleich ein Staatsmann. Seine Autorität setzte sich durch, und weder Reich noch Land hatten zu bereuen, daß man sich vertug.

Wie ähnlich sind doch die Melodien, die heute gespielt werden, nur von Wählern, denen man solche Dinge offen nicht zutraute! Oesmal wird nicht die Reichsregierung als Parteiregierung bezeichnet, niemand wirft ihr die Abhängigkeit von den Nationalsozialisten vor, aber die Berufung mit den Deputierten, die heute besteht, ist es in der gesamten Reichspress, die drei hundertjährigen Regierungen rebellieren, sie seien separatistisch und zum Zentrum beherrsch. Man spricht von Stürzung der Reichsregierung und meint Stürzung der eigenen Macht.

Bei alledem kommt, so fürchten wir, das gesamte deutsche Interesse unter den Schritten.

Das Deutsche Reich kann empirisch nur regieren, wenn ein Mittelkurs gehalten wird. Wollt die vielfältigen Interessen gelagert, als das irgend ein extremer Kurs ohne gilt für das Verhältnis zu den Ländern und das gilt für das Verhältnis zu den Parteien. Die gegenwärtige Reichsregierung hat sich völlig in das Reichsoberhaupt der Nationalsozialisten begeben. Sie hat gleichsam deren Wunschliste zu einem integrierten Bestandteil ihres eigenen Regierungsprogramms gemacht, ohne daß sie eine wirkliche Gewähr für diese und nur durch die Unterstützung durch die Nationalsozialisten hätte. Zunächst schwingen die Nationalsozialisten und drängen nur auf rasche Erfüllung der Zusagen. Dann haben sie falliert. Die erste Voraussetzung war die Reichs-tagsaufstellung. Es folgte die Freigabe der privaten Parteiarmee. Jetzt geht der Kampf um die unbefristete Freigabe des Uniformtragens und gegen das Verbot der Demonstrationen.

Dabei wird der Ton, in dem diese Forderungen vertreten werden, immer unerbittlicher. Man lese einmal was Dr. Joseph Goebbels in seinem „Angriff“ unter der Überschrift „Mehr Blut“ der Regierung von Bayern zurufen! Wie sehr ähnlich bekommt er, daß die notwendige Ablehnung der Bayernsicherungsverordnung den Nationalsozialisten „um lo leichter falle, als die neue Reichsregierung auch auf innenpolitischen Gebiet lebe großzügige Justizreform vernichten“ laßt. Denn die „Beratung“ unter dem Reichsoberhaupt, das sie für die „nationalsozialistische“ Bewegung die Organisations-, Demonstrations- und Agitationsfreiheit

Reich gegen Länder

Die Konferenz der Innenminister im Gange

Die Konferenz der Innenminister, der man seit einigen Tagen mit größter Spannung entgegengeht, und die für die innenpolitische Entwicklung im ganzen Reich von größter Bedeutung sich wird, hat heute vormittag um 11 Uhr begonnen.

Die Verhandlungen dauerten um die dritte Anhaltungsstunde noch an. Den Standpunkt der Reichsregierung kennzeichnete Freiherr von Gagel darin, daß an die Verhängung des Ausnahmezustandes nicht gedacht werde. Wohl aber werde von den Ländern die Aufhebung der noch bestehenden Uniformverbote und eine Sanktion der Demonstrosenverbote beantragt.

Demgegenüber betonte Geering für Bayern, daß bei der außerordentlichen Verhängung des Gegenziele die Demonstrationen freier zu einer schweren Schwächung der öffentlichen Sicherheit führen müßte. Gemäß eine Einigung der Demonstrationen verbieten müßte, werde sie bei früheren Wählern von der preußischen Regierung durchgeführt werden und zwar mit Wirkung vom 3. Juli.

Den bayrischen Standpunkt vertrat in köstlicher Form, aber entschieden in der Sache der Innenminister Stiegl. Ihm schloß

sich mit außerordentlicher Schärfe der württembergische Vertreter Holz an. Im gleichen Sinn sprach der Vertreter Badens. Auch Sachsen äußerte, wenn auch in zurückhaltender Weise, schwere Bedenken.

Bayerns Haltung

Zur Länderkonferenz beim Reichsinnenminister ist der bayrische Innenminister Stiegl nach Berlin gereist. Bevor er abreiste, fand gestern ein Ministerrat in München statt. In ihm herrschte Einmütigkeit darüber, daß Bayern an seinem Standpunkt unbedingt festhalten müßte, wonach ihm kraft Bundesrechtes aus eigener Machtvollkommenheit die Sorge für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung innerhalb seiner Grenzen obliegt, so daß es über ein Uniformverbot und über seine Dauer nicht zu bestimmen habe. Sollte man versuchen, die Meinungsverschiedenheiten zwischen Reichsregierung und Staatsregierung durch einseitigen Diktat zu lösen, so würde das einen unzulässigen Einmarsch heraufbeschwören. Bayern werde, wenn seine Rechte beeinträchtigt würden, den Staatsgerichtshof anrufen.

der Polizei, die S.M.-Leute zurückzubringen und die zur Uniformität führenden Straßen zu schließen.

Während der Irrfahrten verhielt sich ein ehemaliger Angehöriger der Fronten, die über die S.M., eine Ansprache an die vor der Universität sich anmelgenden S.M.-Formationen zu halten. Er wurde aber vom Revell am Weitertrieb gehindert und dem Rektor vorgeführt. Bei den Tumulen wurde ein völlig unbeteiligter universitärer Student ernstlich verletzt.

Appell an Hindenburg

Das Republikanische Kartell in Frankfurt a. M., in dem neben der Eisenen Front und der S. P. auch die Staatspartei und das Zentrum vertreten sind, hat im Aufschrei der hiesigen Protestbewegung an den Reichspräsidenten, den Reichsinnenminister und den Reichsaussenminister, Dr. Grimm gerichtet, in denen ein sofortiges Entschließen Eingreifen gegen die Terrorakte, deren sich die S.M. allenthalben schuldig macht, gefordert wird.

Frankfurter Universität geschlossen

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

FRANKFURT A. M., 22. JUNI

Seute vormittag kam es in der Frankfurter Universität zu Ausschreitungen nationalsozialistischer Studenten, die die sofortige Schließung der Universität notwendig machten. Es war ein planmäßig organisierter Skandal, der sich gegen ein vom Rektor erlassenes Uniformverbot richtete und solche Formen annahm, daß das Überleben des Anstalts einzutreten und die Universität über den Haufen zu werfen drohte. Der Tumult legte sich beim Weiter auf der Straße fort. Die Polizei hatte, obwohl sie in beträchtlicher Stärke vertreten war, die größte Mühe, Verz der Lage zu bleiben, da die S.M.-Leute die Straßen auch von der Polizei abriegelten. Hinter dieser Uniformkampf entwickelte sich dann ein regelrechter Straßenkampf, bei dem u. a. ein Polizeibeamter durch einen Messerhieb in das Genick verletzt wurde. Endlich gelang es